Anja Butschkau MdL
Wahlkreis: Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund
Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Newsletter Juli 2019

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

der **rechtsterroristische Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke** hat nun auch den Letzten in diesem Land aufgezeigt, dass wir ein rechtsextremistisches Problem in unserer Gesellschaft haben. Zunehmende Radikalisierung, Hetze, menschenverachtende und rechtsextreme Botschaften nehmen im Internet immer weiter zu. Die Auswirkung ist eine schleichende Vergiftung des gesellschaftlichen und des politischen Klimas. Und das in dem Jahr, in dem unser Grundgesetz, das für Freiheit, Gleichheit und Demokratie steht, 70 Jahre alt wird.
Hass, Hetze und Anfeindungen gegen Geflüchtete, Flüchtlingshelfer*innen, Ehrenamtliche, Vereinsvertreter*innen und Politiker*innen sind Alltag. Die Grenze ist längst erreicht. Es ist Zeit für die Zivilgesellschaft, aufzustehen und „Stopp!“ zu sagen. Es ist aber auch Zeit, dass der demokratische Rechtsstaat mit aller Macht gegen diejenigen vorgeht, die mit ihren Worten die Stimmung in unserem Land aufheizen und gegen diejenigen, die vor Gewalt nicht zurückschrecken. Denn sie sind es, die die Werte, auf denen unsere Gesellschaft aufbaut, verraten. Dabei muss Politik auch die Betreiber von Online-Plattformen weitaus stärker in die Verantwortung nehmen.

Auf ein schlimmes Thema folgt eine gute Nachricht: Der **Soziale Arbeitsmarkt** wirkt. NRW und Dortmund waren ja bereits in den letzten Jahren mit eigenen Projekten am Start, um öffentlich geförderte, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen zu schaffen. Seit Anfang des Jahres ist der Soziale Arbeitsmarkt nun auch bundesweit ein Regelinstrument aller Jobcenter. In Dortmund sollen in diesem Jahr dadurch 800 langzeitarbeitslose Menschen gefördert werden. Das ist gut, denn wir fördern lieber Arbeit statt Arbeitslosigkeit. Welche Perspektiven sich für langzeitarbeitslose Menschen auftun, wenn man ihnen einfach nur eine Chance gibt, wieder einen sinnstiftenden Beitrag für die Gesellschaft zu leisten, das konnte ich mir vor wenigen Tagen bei

der EDG ansehen. Dort fanden zuletzt 41 Menschen eine geförderte Arbeitsstelle. Sieben von ihnen konnten sogar in ein dauerhaftes und festes Arbeitsverhältnis vermittelt werden.
In den letzten beiden Monaten standen im Landtag zudem die beiden Themenwochen der SPD-Landtagsfraktion zu den Themen „Starke Kinder und Familien“ und „Zusammenhalt in unserer Gesellschaft“ im Mittelpunkt. Eine von unseren zentralen Forderungen: eine **bedingungslose Grundrente**. Warum? Aus Respekt für diejenigen, die ihr Leben lang gearbeitet, Kinder erzogen und Eltern gepflegt haben. Sie haben eine Rente verdient, von der sie im Alter leben können, ohne dabei auf das Einkommen des Lebenspartners angewiesen sein zu müssen.
Nun gehen wir in die verdiente Sommerpause, um neue Energie für die bevorstehenden Herausforderungen zu tanken. Ich wünsche Ihnen/Euch schöne Ferien und eine erholsame Zeit.

Ihre/Eure

Anja Butschkau

Wir brauchen eine solidarische Gesellschaft, die zusammenhält

Tag für Tag leben die Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens gegenseitige Akzeptanz, ohne groß darüber zu reden. Wenn ein Rädchen ins andere greift, schafft das Vertrauen untereinander. Zusammenhalt funktioniert häufig im Stillen. Zuletzt aber ist viel darüber gesprochen und geschrieben worden, was die Menschen in ihrer Identität trennen soll: Herkunft, Geschlecht, Bildungsgrad. Das hat in den vergangenen Jahren gesellschaftlich Stress und teilweise Verrohung produziert.

Für uns ist es deshalb an der Zeit, gegenzusteuern und das Gemeinsame wieder in den Mittelpunkt zu stellen. Wer demokratisch die Zukunft gestalten will, muss dafür in der Gegenwart Akzeptanz schaffen. Die scheinbar Unscheinbaren, die Bescheidenen, die Ruhestifter*innen, die Problemlöser*innen, die etwa 10 Millionen Menschen, die mit ihrer Arbeit das Leben in NRW täglich am Laufen halten, und diejenigen, die sich gegenseitig die Rücken freihalten – sie haben mehr Wertschätzung verdient.
Anerkennung bedeutet für uns, Ideen für diejenigen einzubringen, die Tag für Tag unsere Gesellschaft zusammenhalten. Daher haben wir die Plenarwoche Ende Juni genutzt, um unsere Ideen für diese Menschen in die politische Debatte einzubringen.

- Für diejenigen, die sich in den Alltag kämpfen:
  Vertrauen und Respekt entstehen, wenn der Sozialstaat verlässlich und gerecht ist. Schon in unserer NRW-Regierungszeit haben wir deshalb zahlreiche Initiativen gestartet, um einen **Sozialen Arbeitsmarkt** einzuführen. Anhand öffentlich geförderter Beschäftigung wird Arbeit statt Langzeitarbeitslosigkeit finanziert. Seit Beginn des Jahres wird dieses sozialdemokratische Jahrhundertprojekt durch das Teilhabechancengesetz von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil endlich durch den Bund umgesetzt. Seitdem wurden in NRW bereits für 3.800 Langzeitarbeitslose im Sozialen Arbeitsmarkt neue Perspektiven geschaffen. Nun heißt es: Die Landesregierung darf sich nicht auf diesen Erfolgen des Bundes ausruhen. Wir fordern sie auf, alles dafür zu tun, dass nun so viele langzeitarbeitslose Menschen wie möglich ein Beschäftigungsverhältnis im Sozialen Arbeitsmarkt erhalten.
  Antrag „Guter Start in den Sozialen Arbeitsmarkt in NRW“: bit.ly/2XQq4UU

- Für diejenigen, die heute unsere Zukunft erarbeiten:
  Ob der Wandel in NRW weiterhin gelingt, entscheidet sich unter anderem mit der Weiterentwicklung der Industrie. Sie ist Rückgrat unserer Leistungs- und Innovationsfähigkeit.

Denn die Produktion von Windkraftanlagen, das Schaffen neuer Transporttechnologien oder auch das Bauen neuer Wohnungen sind in Wertschöpfungsnetzwerken voneinander abhängig. Die rund eine Millionen Arbeitnehmer*innen der **NRW-Industrie** sind somit Gestalter*innen unserer Zukunft. Deshalb setzen wir uns ein, wenn ihre Arbeitsplätze durch gescheiterte Überlegungen der Wirtschaft gefährdet sind, wie zuletzt im Zuge der geplatzten **Fusion von Tata und ThyssenKrupp**. NRW benötigt neue **industriepolitische Leitlinien**, um sich Ziele für den zukünftigen Industriestandort NRW zu setzen. Zudem fordern wir, dass Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen durch das Abschmelzen des **Solidaritätszuschlags** deutlich entlastet werden.
Antrag „Fusion von ThyssenKrupp Steel Europe und Tata geplatzt – Zukunft der Stahlindustrie in NRW sicherstellen!“: bit.ly/2xWWLAE
Antrag „Mehr Geld in der Tasche von Beschäftigten, Familien, Rentnerinnen und Rentnern – Gerechte Sozialpolitik ist gute Wirtschaftspolitik“: bit.ly/2Ls0Vcy

- Für diejenigen, die uns den neuen Alltag ermöglichen:
  Neue Ideen und Technologien setzen sich durch. Kommunikation, Reiseplanungen, Einkäufe – die digitale Vernetzung erleichtert unser Leben in vielen Bereichen. Der bequeme und einfache Klick in der App darf allerdings nicht dazu führen, dass dadurch jemand ausgebeutet wird. Überall, wo dies droht, ist mit unserem politischen Widerstand zu rechnen. Wir haben uns der CDU-FDP-Landesregierung entgegengestellt, als sie im Bundesrat versucht hat, das **Arbeitszeitgesetz** zu lockern. Der Boom im Onlinehandel hat bei vielen Logistik-Arbeitsplätzen zu miserablen Konditionen geführt. Wenn das **Mitbestimmungsrecht im Fast-Food-Lieferservice** ausgehebelt wird, positionieren wir uns klar dagegen. Und auch gegen **Tricksereien und Lohndumping in der Paketbranche** haben wir die Initiative ergriffen und begrüßen daher, dass das Bundesarbeitsministerium jetzt aktiv wird. Es wird Zeit, dass die Arbeitgeber verpflichtet werden, für nicht gezahlte Sozialabgaben ihrer Subunternehmer aufzukommen.

  Antrag: „Arbeitnehmerrechte für Paketbotinnen und Paketboten sichern!“: bit.ly/2JFbpDu

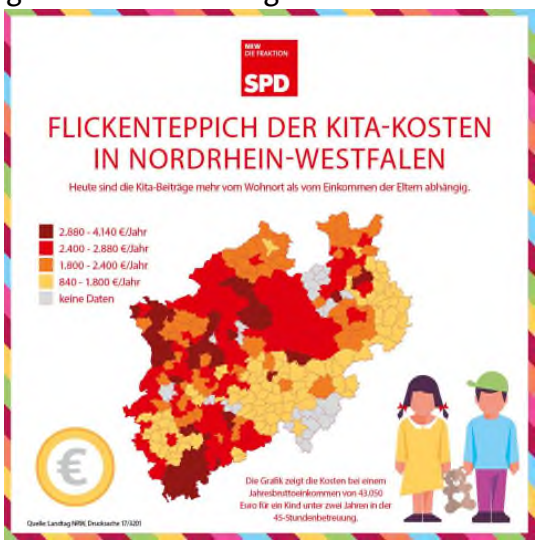
- Für diejenigen, denen wir das Erreichte zu verdanken haben:
  Wir können uns nicht einfach damit abfinden, dass jede und jeder Zweite sich Sorgen um die Absicherung im Rentenalter macht. Lebensleistung verdient Respekt. Wer ein Leben lang

gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt hat, muss im Alter mehr haben als die Grundsicherung. Wir sagen deshalb: Die **Grundrente ohne Bedürftigkeitsprüfung** muss endlich umgesetzt werden. Denn es ist nicht gerecht, wenn ein Mensch 35 Jahre lang gearbeitet und einen entsprechenden Rentenanspruch erworben hat, dieser Anspruch aber entfallen könnte, weil der Ehepartner*in eine höhere Rente bezieht. Wer jahrzehntelang in die Rentenversicherung eingezahlt hat, soll im Alter ordentlich abgesichert sein.
Antrag „Die Grundrente muss kommen“: bit.ly/2TzneRi

Josef Neumann zur Themenwoche „Du bist es wert“: bit.ly/2O2nerK
Mein Video-Statement „Anerkennung bringt soziale Sicherheit“: bit.ly/2LthTrm

Kinder und Familien stark machen. Das Land muss Verantwortung zeigen

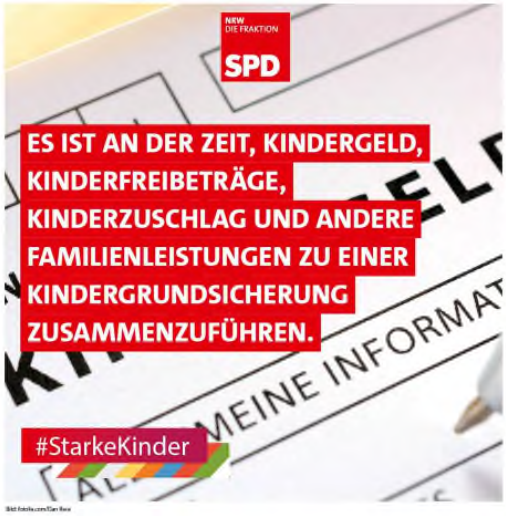
„Meine Kinder sollen es später einmal gut haben“ – das ist der Leitspruch, hinter dem sich verantwortungsvolle Eltern vereinen können. Auf dem jahrelangen Weg zu diesem Ziel gibt es für Familien zweifellos eine Vielzahl wegweisender Entscheidungen.
Eine selbstbestimmte Geburt, frühkindliche Erziehung, Vereinbarkeit mit dem Beruf, eine gute Kita finden, Lebensfreude vermitteln, Zeitsouveränität behalten, die Einschulung meistern, zu Hause bei der Schule helfen, den Übergang auf weiterführende Schulen gut hinbekommen, zum ordentlichen Schulabschluss führen, den Start der Kinder in die Berufskarriere unterstützen: Eine gute Kindheit ergibt sich aus vielen kleinen und großen Wegstrecken.
Heute entscheidet immer mehr die Herkunft über Zukunftschancen von Kindern und nicht Talent, Fleiß und Engagement. Einer Gesellschaft, die zusammenhält und nach vorne blickt, ist dies nicht egal. Deshalb wollen wir die staatliche Mitverantwortung so organisieren, dass alle Kinder sich gut und frei entfalten können. Die Landesregierung aus CDU und FDP agiert auch auf diesem Feld leider zu zaghaft. Deshalb werden wir das Tempo der Landespolitik wieder anziehen und uns für folgende Positionen im Landtag einsetzen.



- <u>Investitionen in frühkindliche Bildung & Reform des Kinderbildungsgesetz (KiBiz):</u>
  Mit dem Gute-Kita-Gesetz, das Bundesfamilienministerin Franziska Giffey ausgehandelt hat, stellt der Bund dem Land NRW zusätzliche Millionensummen zur Verfügung. Unter NRW-Familienminister Joachim Stamp droht diese Steilvorlage verstolpert zu werden. Kita-Träger, Gewerkschaften, Berufs- und Elternverbände, selbst die Kirchen werden in die Planungen von

CDU und FDP nicht ausreichend einbezogen und mutige Investitionen in Qualitätssteigerungen, verbesserte Öffnungszeiten oder wirkliche Beitragsfreiheit lassen auf sich warten. Von einer grundlegenden Reform des Kinderbildungsgesetzes ist die schwarz-gelbe Landesregierung weit entfernt. Mit unserem Antrag fordern wir sie deshalb auf, die Initiative des Gute-Kita-Gesetzes überzeugend aufzunehmen und dem Landtag endlich einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Finanzierungssystem des KiBiz vom Kopf auf die Füße stellt.
Antrag „Die Steilvorlage aus Berlin nutzen – KiBiz in NRW grundlegend reformieren“: bit.ly/2LsEsfv

- Kinderarmut bekämpfen – Kindergrundsicherung einführen:
  Die Zahl armer und von Armut bedrohter Kinder nimmt in Deutschland zu. Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten werden deutlich eingeschränkt. Arme Kinder müssen mit Einschränkungen bei der Grundversorgung mit Nahrung und Kleidung, in sozialen Beziehungen und gesellschaftlichen Kontexten, bei der Gesundheit und bei kultureller Teilhabe leben. Wir müssen diese Kinder aus Hartz IV holen. Sie brauchen eine Grundsicherung. Mit dem „Starke-Familien-Gesetz“ hat es zuletzt – u.a. durch die Neugestaltung des Kinderzuschlags – eine erste Verbesserung der Leistungen gegeben. Es ist an der Zeit, diesen Weg konsequent fortzuschreiten und eine Grundsicherung einzuführen, mit der der tatsächliche Bedarf eines Kindes in den Mittelpunkt gestellt wird, die mit einem armutsfesten Minimum einhergeht und das vom Land mit eigenen Konzepten flankiert wird.

  Antrag „Kinderarmut bekämpfen – NRW setzt sich für Kindergrundsicherung ein“: bit.ly/2Z1BuC6

- Unterstützung beim Berufseinstieg:
  Die Berufseinstiegsbegleitung ist ein wichtiges Instrument, damit junge Menschen und vor allem leistungsschwächere Schüler*innen den Einstieg in eine Berufsausbildung meistern können. Umso bedauerlicher ist, dass ab dem kommenden Schuljahr die Einstellung der Programme droht, weil Sozialminister Karl-Josef Laumann keine klaren Finanzierungszusagen trifft. Wir finden, dass das zu wenig ist und fragen kritisch nach, wie es bei der Berufseinstiegsbegleitung weiter gehen soll.

- Stärkere Unterstützung von Alleinerziehenden:
  Laut DGB sind 45 Prozent der Alleinerziehenden in NRW auf den Bezug von Hartz IV angewiesen. Die Organisation des Familienalltags und des Erwerbslebens muss hier oft ohne Unterstützung geschultert werden. Kein Wunder, dass vor allem Alleinerziehende häufiger krank werden. Das ist eine Lebenssituation, in der die staatliche Verantwortung für Kinder und Eltern stärker zum Tragen kommen muss. Mit unserem Antrag schlagen wir einen 16 Punkte umfassenden Maßnahmenkatalog vor, der vor allem in den Bereichen Zeitsouveränität, Kinderbetreuung und Berufsperspektive Verbesserungen schaffen soll.

  Antrag „Unterstützung für alleinerziehende Mütter und Väter in Nordrhein-Westfalen stärken!“: bit.ly/2Lrx2JD

- Recht auf Schuldnerberatung garantieren:
  Fast jeder achte Einwohner in NRW ist überschuldet. Die Ursachen sind vielfältig: Arbeitslosigkeit, Trennung, Erkrankung, gescheiterte Selbständigkeit, unwirtschaftliche Haushaltsführung, Einkommensarmut. Dazu setzen heute immer mehr hohe Wohnkosten und eine kleine Rente die Bürger*innen unter Druck. In mindestens einem Drittel aller Fälle sind Kinder von der Überschuldung der Eltern mitbetroffen. Eine gute Schuldprävention verbesserte das Leben vieler Familien. Die Kompetenzen und Zuständigkeiten der Schuldner- bzw. Insolvenzberatung werden unterschiedlich geregelt. Das ist ein Problem, um eine präventive und effektive Beratungsstruktur aufzubauen. Gleichzeitig haben betroffene Gruppen wie Arbeitnehmer*innen, Rentner*innen, Alleinerziehende, Migrant*innen, sonstige Geringverdiener*innen oder Kranke kein festgeschriebenes Recht auf kostenlose Beratung. Wir fordern einen Gesetzentwurf zur Zusammenlegung von Schuldner- und Verbraucherinsolvenzberatung sowie einen flächendeckenden, kostenlosen, schnellen und bedarfsgerechten Beratungszugang für alle Ratsuchenden, auch damit die Sorgen der Eltern nicht zur Last für die Kinder werden.
  Antrag „Recht auf Schuldnerberatung garantieren – Beratungsstrukturen optimieren“: bit.ly/2Y8bG9X

Mein Video-Statement zur Unterstützung von Alleinerziehenden: bit.ly/2Lz7gmX
Abschlussvideo zur Themenwoche „Starke Kinder“: bit.ly/32ygogF

Straßenausbaubeiträge kennen keine Gnade

Seit mehreren Monaten diskutiert der Landtag nun schon über die Straßenausbaubeiträge, die fällig werden, wenn irgendwo Straßen saniert und Gehwege umgestaltet werden. Wir wollen sie abschaffen, um die Bürger*innen zu entlasten und um soziale Härten zu verhindern. Denn für einige Menschen können sie existenzgefährdend sein. Sie sind sozial ungerecht, denn jede Stadt erhebt unterschiedlich hohe Kostenanteile - je nachdem wieviel „Rabatt“ sich eine Stadt leisten kann. Daher fordern wir mit unserem Gesetzentwurf, dass die Straßengebühren abgeschafft werden und das Land den Teil der Kosten übernimmt, den bisher die betroffenen Bürger*innen übernehmen müssen.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat nun ihre Ideen vorgestellt. Trotz des großen öffentlichen Protests von nahezu 500.000 Menschen lehnen CDU und FDP eine Abschaffung ab. Stattdessen sollen durch ein Förderprogramm in Höhe von jährlich 65 Millionen Euro die Höchstsätze der Anliegerbeteiligung auf 40 Prozent begrenzt werden. Die Vorschläge der schwarz-gelben Regierungskoalition schaffen aber mehr Probleme, als sie lösen. An der Tatsache, dass Straßenausbaubeiträge keine Rücksicht auf die individuelle finanzielle Leistungsfähigkeit nehmen, ändert sich nichts. Es bleibt bei einem ungerechten System.

Statt die Kommunen von den aufwändigen Beitragsabrechnungen zu entlasten, wird mehr Bürokratie geschaffen, denn die Kommunen sind es, die die Fördermittel des Landes beantragen müssen. Die Beschäftigten in den Rathäusern dürfen demnächst dann neben der aufwändigen Ermittlung der Kosten, der Veranlagung der Beiträge und eventuellen Gerichtsverfahren und Vollstreckungen auch noch Förderanträge und Verwendungsnachweise schreiben.
Die Anlieger von zu sanierenden Straßen sollen zukünftig früher über die geplante Maßnahme informiert werden. Dazu soll ein „Bürgerleitfaden Anliegerbeiträge“ erstellt werden, der die rechtlichen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen erläutert. Mehr Information senkt jedoch keinen Beitragsbescheid. Dieser Vorschlag beinhaltet den Vorwurf, Kommunen würden sachfremde Dinge abrechnen. Im Ergebnis bedeutet diese neue formale Anforderung für Kommunen mehr Aufwand und auch mehr rechtliches Risiko.

Wir werden daher unseren Vorschlag für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und die Kostenübernahme durch das Land aufrechterhalten. Das ist eine Lösung, die klar, fair und gerecht ist. Das wurde auch im Rahmen einer Veranstaltung zu dem Thema diskutiert, die wir Dortmunder SPD-Abgeordneten mit der SPD-Ratsfraktion Dortmund und der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik am 17. Juni im Rathaus veranstaltet haben.

Stefan Kämmerling zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge: bit.ly/2Y28kBc
Weitere Informationen auf der Internetseite der SPD-Landtagsfraktion NRW:
spd-fraktion-nrw.de/themen/strassenausbaubeitraege.html

In der Realität angekommen - Haushalt ohne Schuldenabbau

Es war wie eine Monstranz, die die damalige CDU-/FDP-Opposition in der letzten Legislaturperiode ständig vor sich her trug: die schwarze Null. Nachdem SPD-Finanzminister Norbert Walter-Borjans 2010 von Schwarz-Gelb einen Scherbenhaufen übernommen hatte, hat Rot-Grün über sieben Jahre hinweg den Haushalt des Landes mit Bedacht statt mit der Axt saniert. Am Ende übergab Rot-Grün beim Regierungswechsel 2017 einen ausgeglichenen Haushalt. Auf der einen Seite standen bei der rot-grünen Haushaltskonsolidierung notgedrungene Einsparungen, auf der anderen Seite aber auch Investitionen in die Zukunft und die Unterstützung der Kommunen im Vordergrund. Der Ausgleich des Haushalts ging CDU und FDP nicht schnell genug und großmäulig verkündeten sie vor der Wahl, dass mit ihnen die Schulden in unserem Land abgebaut werden würden.
Dieses Wahlversprechen hat nicht lange gehalten. Denn jetzt, wo die Steuereinnahmen nicht mehr so hoch sprudeln, will Finanzminister Lutz Lienenkämper dieses Wahlversprechen brechen.

Es werden in dieser Legislaturperiode keine weiteren Schulden abgebaut, kündigte er bei der Vorstellung des Haushaltsplans 2020 an. Auch für weitere Investitionen sei kein Geld mehr da. Diesen Offenbarungseid nennt man wohl: in der Realität angekommen.

Not my Hochschulgesetz

Der Landtag hat mit den Stimmen von CDU und FDP ein neues Hochschulgesetz beschlossen. Das beschlossene Gesetz schadet den Studierenden und Mitarbeiter*innen an den nordrhein-westfälischen Hochschulen und damit auch dem Wissenschaftsstandort NRW.

In Ausschussdebatten und Expertenanhörungen blieb die Landesregierung Belege dafür schuldig, warum sie die ‚legislative Axt' an das geltende Hochschulzukunftsgesetz anlegt. Die Einschränkung der studentischen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte ist deutschlandweit beispiellos: In Nordrhein-Westfalen sind rund 27.000 studentische Hilfskräfte in der universitären Lehre und Forschung tätig – über die Einführung von Vertretungen für studentische Hilfskräfte sollen die Studierenden aber künftig nicht mehr selbst entscheiden dürfen.

Zusätzlich wird durch die Verschärfung des Exmatrikulationsrechts studentischer Protest erschwert. Warum diese Einschränkung der studentischen Meinungsfreiheit notwendig ist, konnte die Landesregierung auch auf Nachfrage nicht beantworten.

Über die Wiedereinführung der Anwesenheitspflicht in Seminaren soll künftig an den Hochschulen entschieden werden. Die Landesregierung macht sich mit dieser Entscheidung nicht nur einen schlanken Fuß, sondern trägt auch einen längst befriedeten Konflikt zurück in die Hochschulen. Die Einführung verbindlicher Studienverlaufsvereinbarungen und des ‚Online-Self-Assessment' helfen weder den Studierenden noch können sie von den Hochschulen ohne zusätzliches Personal durchgeführt werden. Mehr finanzielle Mittel oder zusätzliches Personal soll es laut der Landesregierung zur Durchführung aber nicht geben.

Mit der Schaffung des Rahmenkodex ‚Gute Beschäftigungsbedingungen für das Hochschulpersonal' hat NRW eine vielfach gelobte Vorreiterrolle im Einsatz für gute Arbeitsbedingungen an den Hochschulen eingenommen. Mit der Streichung des Rahmenkodexes fällt diese wichtige gesetzliche Grundlage zur Verbesserung und Sicherung der Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen nun weg.

In der Anhörung zum vorliegenden Gesetzentwurf wurde zum Ausdruck gebracht, dass das von der SPD-geführten Vorgängerregierung auf den Weg gebrachte Hochschulzukunftsgesetz für

andere Bundesländer an vielen Stellen eine Vorbildfunktion entwickelt habe. Das gilt zum Beispiel für den neu geschaffenen Landeshochschulentwicklungsplan, den auch Bayern beabsichtigt einzuführen. Der Landeshochschulentwicklungsplan, ein bewährtes Instrument zur Förderung der Kooperation zwischen den Hochschulen, wurde nun von Schwarz-Gelb per Federstrich abgeschafft.

Die Streichung der bisher verpflichtenden Aufnahme der Zivilklausel in die Grundordnungen der Hochschulen bedeutet, dass die Hochschulen zukünftig Aufträge zur Rüstungsforschung annehmen dürfen. Selbst der engagierte und lautstarke Protest der letzten Wochen hat die Landesregierung hierbei nicht zum Einlenken gebracht. Wir stehen zu der gesellschaftlichen Verantwortung unserer staatlichen Hochschulen für die Entwicklung einer friedfertigen, demokratischen und nachhaltigen Gesellschaft.

Der Dortmund-Ems-Kanal braucht eine zweite Schleuse

Alle Jahre wieder dasselbe Problem. Jedes Schiff, das den Dortmunder Hafen anfährt, muss in Waltrop durch die Schleuse. Diese Abhängigkeit stellt den Hafen und die dort ansässigen Unternehmen immer wieder vor unlösbare Herausforderungen, nämlich dann, wenn die Schleuse repariert oder saniert werden muss. Und dann ist der Dortmunder Hafen auf der Wasserseite über Monate von der Außenwelt abgeschnitten. Die Güterverkehre verlagern sich dann auf LKWs. Das ist teuer und belastet Straßen und Anwohner*innen im Dortmunder Norden.

Daher haben wir in der letzten Plenarwoche einen Antrag eingebracht, der fordert, dass die aktuellen Sanierungsmaßnahmen beschleunigt werden, in Waltrop eine zweite Schleusenkammer gebaut wird und der Dortmund-Ems-Kanal zwischen Waltrop und Dortmund so ausgebaut wird, dass auch größere Schiffe den Dortmunder Hafen erreichen. Unser Ziel ist eine nachhaltige Zukunftsperspektive für den Dortmunder Hafen.

Antrag „Der Dortmunder Hafen braucht eine nachhaltige Zukunftsperspektive!“: bit.ly/30Qd6Uz

Mehr Prävention notwendig: Gleichstellungsausschuss hörte Expert*innen zu Genitalbeschneidung an

In einer Anhörung des Gleichstellungsausschusses informierten wir uns über die Folgen von Genitalbeschneidung. Dabei werden jungen Mädchen, aber teilweise auch erwachsenen Frauen aus vermeintlich religiösen Gründen die Schamlippen und die Klitoris beschnitten. Diese Praxis ist in einigen Ländern Afrikas und Asiens geläufig. Die Opfer von Genitalbeschneidung leiden ihr Leben lang an den gesundheitlichen und psychischen Folgen und sind in ihrer Sexualität deutlich eingeschränkt. In Deutschland ist die weibliche Genitalbeschneidung seit 2013 eine Straftat. Das Bundesfamilienministerium geht davon aus, dass rund 50.000 Frauen und Mädchen in Deutschland betroffen sind. Allerdings ist die Zahl der Strafanzeigen äußerst gering und das Dunkelfeld groß, denn Genitalbeschneidung ist in den betroffenen Kulturkreisen ein Tabuthema. Oft finden Beschneidungen im Heimatland der Frauen und Mädchen statt. Daher brauchen wir eine Aufklärungskampagne, die Ärzt*innen, Mitarbeiter*innen im Gesundheitswesen, Erzieher*innen, Lehrer*innen und vor allem Jugendliche über das Thema und die Folgen informiert. Ein Schwerpunkt sollte auch auf der Aufklärung von Männern, die aus den sogenannten Prävalenzländern kommen, liegen. Bisherige Erfahrungen zeigen nämlich, dass viele ihre Töchter nicht beschneiden lassen würden, nachdem sie erfahren haben, welche gesundheitlichen Auswirkungen dies auf ihre Ehefrauen hatte.

In den Schulen muss über „Loverboys“ aufgeklärt werden

Eine zweite Anhörung betraf das Phänomen der Loverboys. Hierbei handelt es sich um junge Männer, die eine Beziehung zu weiblichen Jugendlichen oder jungen Frauen suchen, um sie langfristig in die Prostitution zu drängen. Dabei bauen sie eine emotionale Abhängigkeit der Mädchen und Frauen auf, während diese denken, sie hätten die große Liebe gefunden. Dabei isolieren die Loverboys ihre Opfer immer mehr von ihrem sozialen Umfeld, wie Familie und Freunde. Irgendwann täuschen die Loverboys eine finanzielle Notlage vor und bitten ihre Opfer, ihnen durch Prostitution aus der Notlage zu helfen. Es gelingt nur sehr schwer, die Mädchen und Frauen aus dieser Lage zu holen, da sie sich anfangs dieser Situation nicht bewusst sind und später wegen der Gewalt ihrer Zuhälter und aus Schamgefühlen scheuen, die Polizei oder eine Beratungsstelle einzuschalten. Daher müssen wir auch hier ein größeres Bewusstsein bei Mädchen und jungen Frauen schaffen. Die Aufklärungs- und Präventionsangebote an Schulen müssen deutlich ausgeweitet werden.

Der Soziale Arbeitsmarkt ist ein Erfolg

Der Soziale Arbeitsmarkt ist ein Erfolg. Davon machte ich mir im Rahmen der „Respekt vor Ort“-Sommertour der SPD-Landtagsfraktion NRW mit unserem sozialpolitischen Sprecher Josef

Neumann und meinen Dortmunder Abgeordnetenkollegen Armin Jahl und Nadja Lüders ein Bild bei der EDG.

Die EDG ist mit 41 Projektteilnehmer*innen am Modellprojekt „Servicecenter Soziale Arbeit Dortmund“ beteiligt, für das die Stadt Dortmund noch unter der SPD-Landesregierung eine Förderung von 4,9 Millionen Euro erhielt. Insgesamt sollen in Dortmund 210 langzeitarbeitslose Menschen durch eine geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wieder eine Chance auf dem Arbeitsmarkt erhalten. Städtische Auftragsvergaben wurden dabei so ausgestaltet, dass Auftragnehmer langzeitarbeitslose Menschen einsetzen müssen. Während der Maßnahme werden die Projektteilnehmer*innen von Jobcoaches begleitet.

Bei der EDG werden die Mitarbeiter*innen für die Wildkrautbeseitigung und die sogenannte ästhetische Reinigung, also alles, was über die normale Straßen- und Gehwegreinigung hinausgeht, eingesetzt. Sieben Teilnehmer konnten bereits vorzeitig in eine reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung vermittelt werden.

Mit dem Sozialen Arbeitsmarkt fördern wir Arbeit statt Arbeitslosigkeit. Für die Betroffenen ist es eine neue Lebenschance, nachdem sie auf dem Arbeitsmarkt bereits abgeschrieben wurden. Eine sinnstiftende Tätigkeit, ein strukturierter Tagesablauf und eine gerechte tarifliche Entlohnung am Ende des Monats gibt den Menschen ihre Würde zurück. Daher war für uns die Einführung eines öffentlich geförderten sozialen Arbeitsmarktes in den letzten Jahren immer ein wichtiges Ziel. Aus Respekt vor diesen Menschen.

Das Dortmunder Modellprojekt war Vorbild für den am Anfang des Jahres von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil eingeführten Sozialen Arbeitsmarkt. Allein in Dortmund können über dieses neue Regelinstrument der Jobcenter in diesem Jahr 800 Arbeitsplätze gefördert werden. Auch bei diesem Programm will die EDG mitmachen und hierfür 80 Arbeitsplätze bereitstellen.

Für EDG und Stadtgesellschaft ist der Soziale Arbeitsmarkt eine Win-Win-Situation. Die EDG nutzt das Instrument, um neues Personal zu rekrutieren und zu qualifizieren. Die Bürgerinnen

und Bürger profitieren dadurch, dass der öffentliche Raum besser gepflegt wird. Denn die Projektteilnehmer*innen werden für öffentliche Arbeiten eingesetzt, für die es früher keine Finanzierung gab, z.B. wie im Fall der EDG zur Pflege von öffentlichen Wegen.

bodo-Stadtführung eröffnet einen anderen Blick auf Dortmund

Viele Menschen kennen das bodo-Straßenmagazin, das von obdachlosen Menschen in ganz Dortmund verkauft wird. Aber wer weiß eigentlich, wie obdachlose Menschen unsere Stadt aus ihren Augen sehen? Diesen Blick auf Dortmund lernten Nadja Lüders, Volkan Baran und ich im Rahmen einer sozialen Stadtführung durch Mitarbeiter von bodo e.V. kennen. Wo und wie halten sich obdachlose Menschen tagsüber auf? Mit welchen Problemen und Vorurteilen müssen sie kämpfen? Wo gibt es etwas Warmes zu trinken und zu essen? Welche Einrichtungen und Hilfsangebote für obdachlose Menschen gibt es in Dortmund? All diesen Fragen gingen wir bei dem Rundgang durch die Dortmunder Innenstadt nach. Wir haben in Dortmund ein enges Netzwerk an Hilfs- und Beratungsangeboten, das tolle Arbeit leistet. Dennoch nahmen wir einige Hinweise mit, wie man die Situation obdachloser Menschen noch verbessern könnte.

In einem sauberen Dortmund lebt es sich schöner

Die Aktion Sauberes Dortmund der EDG ist eine tolle Aktion, an der in diesem Jahr 11.000 Menschen mitgemacht haben, um ihren Stadtteil sauber zu machen. Wenn die Nachbarschaft sauber und gepflegt ist, fühlen sich viele Menschen gleich viel wohler in ihrem Zuhause. Mit dem AWO-Wohnhaus auf dem Schultenhof Dortmund und dem SPD-Ortsverein Brünninghausen haben wir im Rahmen der Aktion die Stockumer Straße von Müll befreit. Dabei unterstützte uns auch EDG-Arbeitsdirektor Bastian Prange tatkräftig. Danach hatten sich alle erstmal eine leckere Currywurst verdient.

Zu viele Lebensmittel landen auf dem Müll

In unserer Überflussgesellschaft landen viel zu viel Lebensmittel jeden Tag auf dem Müll. Anlässlich des Tags der Lebensmittelverschwendung am 2. Mai habe ich Foodsharing Dortmund bei einer Sammelaktion auf dem Dortmunder Wochenmarkt begleitet. Dabei kamen in kurzer Zeit ziemlich viele Lebensmittel zusammen, die noch einwandfrei waren und die ansonsten im Müll

gelandet wären. Danke, liebe Foodsaver*innen für Euren Einsatz und dass ich Euch begleiten durfte.

Tag der Kinderbetreuung: Mein Dank gilt allen Erzieher*innen für ihren Einsatz

Anlässlich des bundesweiten Tags der Kinderbetreuung am 13. Mai habe ich die AWO-Kita Tetschener Straße besucht. Ich wollte Danke sagen für die gute und wichtige Arbeit, die sie jeden Tag für unsere Kleinsten leisten. Und daher setzen wir uns auch für eine auskömmliche Finanzierung der Kitas, für gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne für Erzieher*innen ein. Für die Erzieher*innen gab es von mir kleine Geschenke, die ich mit den Kindern der Einrichtung überreichte.

Wahlkreisbüro in der Sommerpause

Mein Dortmunder Wahlkreisbüro geht in die Sommerpause. Zwischen dem 22. Juli und dem 2. August sind wir daher nicht erreichbar. Meine Mitarbeiter stehen ab dem 5. August wieder täglich für alle Anliegen zur Verfügung.

Künstlerstammtisch ChiccoART ist ein schönes Beispiel für gelebte Inklusion

Im Juni besuchte ich den inklusiven KÜNSTLERstammtisch ChiccoART im Depot in der Nordstadt. Es war ein spannender Besuch mit guten Gesprächen, viel Freude und viel Kreativität und Kunst. Bereits im Februar besuchten mich Teilnehmer*innen des Stammtischs im Landtag. Dieses Mal erhielt ich von den Künstler*innen als Geschenk ein von ihnen gestaltetes Bild, das nun in meinem Dortmunder Wahlkreisbüro hängt.

Alle 14 Tage treffen sich Künstler*innen mit und ohne Behinderung zum Stammtisch, um künstlerisch tätig zu werden. Ein schöner Ansatz für eine inklusive Gesellschaft. Hier können die Teilnehmer*innen zeichnen, malen, modellieren, drucken, collagieren, schreiben, konstruieren und vieles mehr. Seit 2011 gibt es die „Chicco's". Sie sind ein Ort der Begegnung und der Inklusion.

Jugend-Landtag debattierte über Impfpflicht und ÖPNV

In diesem Jahr feierte der Jugend-Landtag sein zehntes Jubiläum. Daniel Tepe, Jana Beuchel-Oehmchen und Timm Keller (v.l.) nahmen auf Einladung von Volkan Baran, Anja Butschkau, Armin Jahl und Nadja Lüders an diesem teil. Drei Tage lang saßen sie auf den Stühlen der Dortmunder SPD-Abgeordneten und simulierten mit 196 weiteren Jugend-Landtagsabgeordneten die parlamentarischen Prozesse des Landesparlaments mit Fraktions- und Ausschusssitzungen. Höhepunkt war am Samstag die Debatte im großen Plenarsaal, in der der Jugend-Landtag über Impfpflicht und öffentlichen Nahverkehr diskutierte.

Viele nette Menschen besuchten mich im Landtag

Regelmäßig besuchen mich Besuchergruppen im Landtag. Sie informieren sich über die Arbeit des Parlaments und der Abgeordneten und diskutieren mit mir über aktuelle politische Themen. In den zurückliegenden Wochen besuchte mich das Projekt „Angekommen in Deiner Stadt Dortmund", in dem junge Zugewanderte sich begegnen, das Leben in Dortmund kennenlernen, ihre Sprachkenntnisse verbessern und sich auf eine Ausbildung oder den Job vorbereiten. Außerdem der Sozialwissenschaftskurs der achten Klasse der Theodor-Hess-Realschule in Oberhausen, der AfA-Landesvorstand, das DHB Netzwerk Haushalt aus Dortmund, die Frauenübernachtungsstelle der Diakonie, die Evangelische Studierendengemeinde Dortmund, der SPD-Stadtbezirk

Lütgendortmund und schließlich ein Workshop von Auslandsgesellschaft und Heinz-Kühn-Bildungswerk, in dem Sprachschüler*innen einen Einblick in das politische System in Deutschland und Möglichkeiten der politischen Mitbestimmung kennenlernen.

Im Wahlkreis unterwegs

Auch in den letzten Wochen war ich wieder im Wahlkreis unterwegs, um mich mit den Menschen auszutauschen und über meine Arbeit im Landtag zu berichten. Hier eine Liste meiner Termine:

Veranstaltung „Für ein Europa der Solidarität“ des SPD SB Lütgendortmund, SPD-Infostände zur Europawahl in Holzen, Wellinghofen, Benninghofen, Hörde und Hombruch, Tour mit Foodsaver Dortmund über den Wochenmarkt auf dem Hansaplatz, Maiempfang des SPD SB Hombruch/Verleihung des Ewald-Sprave-Preis, Aktion Sauberes Dortmund rund um den AWO-Schultenhof, Gründungsveranstaltung des Bündnis für mehr Personal im Gesundheitswesen, Besuch der AWO-Kita Tetschener Straße anlässlich des Tags der Kinderbetreuung, Soziale Stadtführung mit BODO e.V., Frauennachmittag des SoVD Scharnhorst, Eröffnung des Dortmunder Selbsthilfetags, „Liggesmeyers Speicherschätze“ in der LWL-Klinik, Wirtschaftsforum des SPD UB Dortmund, AfA-Wahlkampfaktionen bei DEW21, EDG und Stadt Dortmund, Eröffnung Dorffest Lütgendortmund, Martener Bürgerfest „Unter den Linden“, Anti-Nazi-Demo in Hörde, Europawahlabend im Dortmunder Rathaus, Teich- und Wiesenfest im Gartenverein Lütgendortmund-Nord, Fassanstich beim Marktplatzfest Hombruch, Fastenbrechen mit einer muslimischen Familie, Kommunaler Abend der SPD zum 40. Deutschen Städtetags, Besuch des inklusiven Künstlerstammtisch ChiccoArt, Veranstaltung „Mein Haus = Meine Straße?! Anlieger entlasten und Straßenausbaubeiträge endlich abschaffen!“ von SPD-Ratsfraktion, SGK und der Dortmunder Landtagsabgeordneten, Empfang von Stadt Dortmund und Land NRW anlässlich des Evangelischen Kirchentags, Teilnahme an Veranstaltungen des Evangelischen Kirchentags, Sommerfest Gartenverein Vor’m Hasenberg, Fassanstich Dorffest Bittermark, 100 Jahre SPD OV Menglinghausen, Sommerfest der Auslandsgesellschaft, AfA-Veranstaltung „Oh wie schön ist Panama. Gerechte Steuern für Arbeitnehmer*innen“, Tag der offenen Tür im Hospiz St. Elisabeth, Kampagne „jung.bewegt.mobil“ des Landesjugendrings, Sommerfest SPD OV Bittermark/Lücklemberg, Sommerfest der AWO-Seniorenwohnstätte Eving, Crengeldanzfest des SPD OV Lütgendortmund, Jubilarehrung im Gartenverein Crengeldanzgraben, Besuch der EDG zum Thema Sozialer Arbeitsmarkt und Besuch des Projekts „Angekommen in Deiner Stadt Dortmund“.

ONNENHERZ

MENSCH VOR MARGE
PEOPLE BEFORE PROFIT
MENSCH VOR MARGE
MENSCH VOR MARGE
PEOPLE BEFORE PROFIT

Hbf
MOBIL
JUGEND
TICKET

CAMP DAVID
251

SPD
KATARINA BARLEY

EDEKA
SPD
DAMIT
GOOGLE & CO.
FAIRE
STEUERN
ZAHLEN.
#EUROPAISTDIEANTWORT